



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2024

INA

Berichtsantrag

Robert Lambrou (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Volker Richter (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD), Gerhard Schenk (Bebra) (AfD), Markus Fuchs (AfD), Sandra Weegels (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD), Pascal Schleich (AfD) und Christian Rohde (AfD)

Was unternimmt die Landesregierung gegen Asylmissbrauch?

Seit Jahren ist bekannt, dass es deutsche Reisebüros gibt, die Flüchtlingen mit dem Blauen Reisepass oder einem Pass aus dem Heimatland, dessen Existenz den deutschen Behörden verschwiegen wurde, Reisen in ihre Heimatländer anbieten. Um diese Heimreisen, oft zu Urlaubszwecken, die eigentlich zum Verlust des Asylstatus führen müssten, vor den deutschen Behörden zu verschleiern, wird von den Reisebüros und den Reisenden ein Trick angewendet. Die Reisen werden nicht direkt ins Heimatland gebucht, sondern erfolgen mittels Double-Entry-Visa über ein Drittland. Medienrecherchen zufolge handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern eine gängige Praxis.

Aus der Antwort des Hamburger Senats auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann geht hervor, dass allein in Hamburg insgesamt 5.867 Afghanen mit Asylstatus den erforderlichen blauen Flüchtlings-Reisepass haben, der es ihnen ermöglicht, über die Nutzung von Double-Entry-Visa unbemerkt von deutschen Behörden in ihr Heimatland zu reisen. In Hamburg entspricht dies etwa einem Fünftel der insgesamt etwa 30.000 dort lebenden Afghanen. In Hessen leben mit etwa 31.000 Personen vergleichbar viele Afghanen wie in Hamburg. Legt man für die etwa 60.700 in Hessen lebenden Syrer und die 31.000 Afghanen eine vergleichbare Quote wie in Hamburg zugrunde, befänden sich rund 12.000 Syrer und 6.200 Afghanen im Besitz eines Blauen Passes. Weitere Nationalitäten kommen hinzu.

Die Anzahl derer, die neben dem Blauen Reisepass ohne Kenntnis deutscher Behörden zusätzlich einen gültigen Pass ihres Heimatlandes besitzen und zu unerlaubten Heimreisen nutzen, ist unbekannt.

Die Zahlen legen nahe, dass es auch in Hessen allein durch unerlaubte Heimreisen zu tausendfachem Missbrauch des Asylstatus gekommen ist und weiterhin kommt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was hat die Landesregierung unternommen, um zu ermitteln welche und wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus unerlaubt in ihre Heimatländer gereist sind?
2. Hat die Landesregierung ihr nachgeordnete oder sonstige Behörden wie insbesondere Polizei- oder Ausländerbehörden angewiesen oder gebeten, Hinweisen auf unerlaubte Heimreisen bei Personen mit Asylstatus verstärkt nachzugehen?
 - a) Falls ja: Welche Behörden, wann, in welcher Form und mit welchem Wortlaut?
 - b) Falls nein: Warum nicht?
3. Wie viele Fälle von unerlaubten Heimreisen im Jahr 2023 von Personen mit Asylstatus hält die Landesregierung aufgrund den ihr inzwischen vorliegenden Informationen für Hessen mindestens für wahrscheinlich?
4. Kann die Landesregierung ausschließen, dass unter den seit 2022 eingebürgerten Personen mit Asylstatus auch solche waren, die zuvor unerlaubt in ihre Heimatländer gereist sind?
Falls nicht: Was unternimmt die Landesregierung konkret, um in Zukunft zu verhindern, dass solche Personen eingebürgert werden?

5. Hat die Hessische Landesregierung die hessischen kommunalen Ausländer- und Einbürgerungsbehörden und/oder die Regierungspräsidien mit einer Revision der Fälle beauftragt, in denen Hinweise zu unerlaubten Heimreisen trotz Asylstatus vorliegen?
 - a) Falls ja: Wann, in welcher Form und mit welchem Wortlaut?
 - b) Falls nein: Warum nicht?
6. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus im Jahr 2023 mindestens einmal ohne vorherige behördliche Genehmigung zeitweise in ihr Heimatland gereist sind, ohne dass dies zur Rücknahme ihres Asylstatus geführt hat?
 - a) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Was sind die Gründe dafür?
 - b) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Wie beabsichtigt die Landesregierung, diesem Erkenntnismangel für die Zukunft abzuwehren?
7. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus im Jahr 2023 eingebürgert wurden, obwohl Hinweise auf mindestens eine unerlaubte Heimreise vorlagen?
 - a) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Was sind die Gründe dafür?
 - b) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Wie beabsichtigt die Landesregierung diesem Erkenntnismangel für die Zukunft abzuwehren?
8. Wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus haben in den letzten drei Jahren aufgrund von unerlaubten Reisen in ihr Heimatland ihren Asylstatus verloren?
9. Wie vielen in Hessen wohnhaften Personen wurde im Jahr 2023 der Aufenthaltstitel verweigert oder entzogen, weil sie die Behörden getäuscht oder falsche Angaben gemacht haben? Wie verteilen sich diese Fälle auf die Gründe?
10. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung dazu, wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus im Jahr 2023 nicht eingebürgert wurden, weil sie sich nicht rechtmäßig im Land aufhielten, die Behörden getäuscht oder falsche Angaben gemacht haben?
 - a) Wie verteilen sich diese Fälle auf die einzelnen Ablehnungsgründe?
 - b) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Was sind die Gründe dafür?
 - c) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Wie beabsichtigt die Landesregierung diesem Erkenntnismangel für die Zukunft abzuwehren?
11. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung dazu vor, wie viele in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus seit 2022 eingebürgert wurden, obwohl es berechnigte Zweifel an ihrem rechtmäßigen Aufenthalt gab, sie die Behörden getäuscht oder falsche Angaben gemacht haben?
 - a) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Was sind die Gründe dafür?
 - b) Falls die Landesregierung dazu keine Erkenntnisse hat: Wie beabsichtigt die Landesregierung diesem Erkenntnismangel für die Zukunft abzuwehren?
12. Kann die Landesregierung ausschließen, dass unter den seit 2022 eingebürgerten Personen mit Asylstatus auch solche sind, bei denen es berechnigte Zweifel an ihrem rechtmäßigen Aufenthalt gab, die Behörden getäuscht oder falsche Angaben gemacht haben?
Falls die Landesregierung das nicht ausschließen kann: Was unternimmt sie konkret, um in Zukunft zu verhindern, dass solche Personen eingebürgert werden?
13. Hält die Landesregierung den unverzüglichen Widerruf des Asylstatus und die Verhängung von Wiedereinreisesperren gegen Personen für angemessen, für die den Behörden ein unerlaubter Aufenthalt im Heimatland bekannt wird?
Falls ja: Welche Schritte hat die Landesregierung unternommen, um dies in Zusammenarbeit mit dem Bund durchzusetzen? Falls nein: Warum nicht?
14. Wird gegen Reisebüros ermittelt, weil sie unerlaubte Heimreisen für in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus organisiert haben?
Falls ja: In wie vielen Fällen? Falls nein: Warum nicht?
15. Sind Klagen hessischer Behörden gegen Reisebüros anhängig, weil sie unerlaubte Heimreisen für in Hessen wohnhafte Personen mit Asylstatus organisiert haben?
Falls ja: In wie vielen Fällen? Falls nein: Warum nicht?

16. Wird gegen Personen im Umfeld von Reisebüros, Asylhilfe-Organisationen, NGOs, Vereinen oder Behörden ermittelt, weil sie direkt oder indirekt in die Praxis der unerlaubten Heimreise-Buchungen involviert waren oder Kenntnis davon hatten?
Falls ja: In wie vielen Fällen? Falls nein: Warum nicht?
17. Welche Ermittlungen oder weitere Maßnahmen haben hessische Behörden gegen die in Hamburg ansässigen Reiseunternehmen eingeleitet, um festzustellen, welche in Hessen wohnhaften Personen mit Asylstatus die unerlaubten Heimreisen mit den Double-Entry-Visa durchgeführt haben.
Falls keinerlei Maßnahmen ergriffen wurden: Warum nicht?
18. Ist der Landesregierung bekannt, welche Maßnahmen seitens der Bundesregierung eingeleitet wurden, um festzustellen, welche Personen die unerlaubten Heimreisen unternommen haben?
19. Ist der Landesregierung bekannt, ob in den Reisebüros in Hamburg, welche die illegalen Heimreisen mit den Double-Entry-Visa organisiert haben, Durchsuchungen angeordnet wurden, um festzustellen, welche Personen unerlaubte Reisen in das Heimatland unternommen haben und welche weiteren Personen oder Organisationen involviert waren?
Falls Durchsuchungen stattfanden: Mit welchem Ergebnis?
20. Sollten weder seitens des Bundes noch der hessischen Behörden Maßnahmen zur Feststellung der Personen veranlasst worden sein, die die unerlaubten Reisen in ihr Heimatland unternommen haben, ist geplant, solche Ermittlungen zukünftig einzuleiten?
Falls nicht: Warum nicht?

Wiesbaden, 4. Oktober 2024

Robert Lambrou
Gerhard Bärsch
Volker Richter
Patrick Schenk
Gerhard Schenk
Markus Fuchs
Sandra Weegels
Bernd Erich Vohl
Pascal Schleich
Christian Rohde